

Beim Spielen verunglückt. Beim Markt lief gestern abend auf einem Spielplatz in S.-Dösen ein Arbeiter mit einem Mitarbeiter zusammen und zog sich dabei eine starke Quetschung zu. Man legte ihm auf der Polizeiwache einen Notverband an.

Tot aufgefunden wurde gestern in Neuzelle ein seit dem 22. Juni von hier vermieteter Straßenbahnschaffner. Näheres darüber ist hier noch nicht bekannt geworden.

Zur Verantwortung gezogen wurde ein Angestellter, der in vergangener Nacht in seiner Wohnung im Ostviertel mit seiner Frau in Streit geraten war und diese mit einem Knüppel bedroht hatte.

Fremdenverkehr. Nach den Fremdenlisten des Polizeiamts sind in der Zeit vom 15. bis zum 21. Juni in Leipziger Hotels 6542 Fremde, darunter 518 Ausländer, über Nacht geblieben.

Einbruchdiebstahl. In der Wohnung eines Buchdruckereibesitzers in der Eisenstraße haben in vergangener Nacht Diebe die Vorhalle aufgebrochen und ausgerissen Gold- und Schmuckgegenstände 200 M. in barinem Gelde gestohlen.

Gewarnt wird vor einem früher in der Antonstraße wohnhaft gewesenen Tapetierer, der verschiedene hiesige Einwohner dadurch geschädigt hat, daß er sich zur Vornahme von Reparaturarbeiten an Polstermöbeln anbot und sich dann zur angeblichen Beschaffung von Rohmaterial, Zeug und Bindfaden usw. einen Vorstoß geboten hat, mit dem er alsbald verschwand.

Jean Mark Belohnung. In der Nacht zum 22. Juni ist die Milchflaschel einer Bogenlampe über dem Schaukasten eines Haushaltsgeschäfts im Brühl zerstört worden. Vermutlich ist es absichtlich oder im Übermut geschehen. Auf die Ermittlung des Täters steht der Geschädigte 10 M. Belohnung aus.

Verhaftungen. Die Polizei ermittelte dieser Tage in einem 25-jährigen Schmied von hier und einem 19 Jahre alten Zimmermann aus Wölkau diesen Dieb, die in der letzten Zeit zu wiederholten Male in verschiedenen Grundstücken im Süden unserer Stadt Brühlschüssel mit Inhalt entwendet haben. Außerdem konnte ihnen nachgewiesen werden, daß sie sich vor nicht langer Zeit in einen Neubau des Südbauvereins eingeschlichen, dort einige verschlossene Gefäße gewaltsam aufgebrochen und daraus verschiedene Gebrauchsgegenstände gestohlen haben, die dort beschäftigten Arbeiter gehörten.

In Haft genommen wurde ein 20 Jahre alter Händler aus Wölkau, der sich an einem 15-jährigen Mädchen vergangen hat.

Aus dem Stadtverordnetensaal.

Sitzung vom 25. Juni.

Der Rat teilt mit, daß er dem Wunsche des Kollegiums, die Gartenpächter hinter der Reichenhainer Straße bewegen zu entschädigen, weil sie wegen der Durchführung der Straße des 18. Oktober die Gärten vorzeitig räumen müssen, nachgekommen ist. Es sind 2665 M. zu diesem Zweck bewilligt worden.

Eingehandelt ist die Denkschrift über die Verhandlungen in Sachen der Einverleibung von Beuth, Schönfeld und Moskau. Es sei wünschenswert, den Inhalt der Denkschrift ausführlich — auch in der Presse — wiederzugeben. (Die Leipziger Volkszeitung hat die Denkschrift schon am Dienstag abgedruckt.) Die Denkschrift werde hoffentlich auch in Leuchtkugeln die richtige Ausschaltung herbeiführen und bei Gemeinderatswahlen zum Ausdruck kommen.

Stadt. Schumann (Soz.) wünscht, daß die Denkschrift wegen der Wichtigkeit der Sache dem zuständigen Ausschuß überreicht werde. Es sei zwar nicht vorauszusehen, ob es möglich sein werde, bestimmte Vorschläge zu machen, jedenfalls müsse der Ausschuß diese Frage einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die A. e h n u n g d e s J o h a n n i s h i p i t a l s und dessen Anhang auf das Jahr 1911 wird richtiggesprochen.

Die Eingabe von Richard Kahl und Genossen in S.-Stötterig wegen Verbreiterung der Längen Reihe wurde auf Antrag des Ausschusses dem Rat zur Einräumung überwiesen.

Die Überlassung von etwa 30 Quadratmeter Land der Bornaischen Straße zum Preis von 10 M. für einen Quadratmeter an die Eigentümmer des Flurstückes Nr. 16 in S.-Lößnig findet die Zustimmung des Kollegiums.

Die Erneuerung des Wasserrads usw. in der Mühle zu Bössen mit einem Aufwand von 3400 M. wird beschlossen. Der Berichterstatter ergibt, daß bei den letzten Erneuerungsarbeiten der schadhaften Zustand des Wasserrads nicht bemerkt wurde.

Der Verkauf von etwa 1740 Quadratmeter Land an der Bahnhofstraße in Moskau um den Preis von 7 M. pro Quadratmeter findet die Zustimmung des Kollegiums.

Über das Verzeichniß der im Jahre 1914 aus Betriebsmitteln neu zu befestigenden Straßen und über die Eingabe betr. die Asphaltierung oder Neupflasterung der Eisenbahnstraße referiert Stadt. Dr. Stroede. Er bemerkte, daß die Straßen in den Vororten nicht in dem Zustande sind, in dem sie sich befinden sollten. Nach Durchführung der Verstellung der Straßen würde die Summe von 855 000 M. notwendig sein. Hierzu lämen 184 800 M. für die Herstellung des Vorplatzes am Bahnhof und 33 780 M. anteilige Kosten für die Verbreiterung der Fahrbahn des Georgiring. Der Ausschuß hat sich auch mit der Frage beschäftigt, ob es nicht möglich sei, eine Anleihe zu dem Zwecke aufzunehmen, die Straßen in den Vororten herzustellen. Der Ausschuß hat die Möglichkeit der Aufnahme einer Anleihe befürchtet und erachtet den Rat, Erwägungen darüber anzuhören. Der Ausschuß spricht ferner die Erwartung aus, daß der Rat genau kontrolliere, ob die Arbeiten auch nach den Vorschriften ausgeführt würden.

Der Tiefbauausschuß beantragt, die Neubefestigung a) der Konradstraße, b) der Gottschedstraße, c) der Sebastian-Bach-Straße, d) des Zementfußwegs am Rosplatz, e) der Schneidersstraße abzulehnen und den Rat zu erläutern, a) die Sebastian-Bach-Straße in ungefähr der doppelten Länge als vorgesehen, an der Bismarckstraße beginnend, in der beabsichtigten Weise neu zu befestigen, b) das Rechteck der Kronprinzenstraße neu zu befestigen, der Vorlage im übrigen zuzustimmen sowie die Eingabe für erledigt zu erklären.

Bürovorsteher Tobias: Der Tiefbauausschuß hat auch einen Ausflug in das finanzielle Gebiet unternommen. Die Anregung wege Aufnahme einer Anleihe ist zwar sehr lobenswert, aber die Sache ist unausführbar. Wenn uns schon nicht gestattet wird, Anleihemittel aus Schulden zu verwenden, dann wird es uns noch weniger gestatten, Anleihemittel zu Straßenherstellungen zu verwenden. Der Vorschlag ist ein frommer Wunsch, der niemals in Erfüllung gehen wird. Da ist es am besten, man lädt die Sache ganz.

Stadt. Rößig: Ich hatte die Absicht, eine ganze Straße für die Konradstraße zu brechen, doch bin ich durch die Gründe des Ausschusses überzeugt worden. Die Pflasterung der Eisenbahnstraße mit Holzpfaster begnügt mich, doch möchte ich den Rat bitten, die Straßenbahn zu zwingen, die Verkehrsverhältnisse dort zu verbessern.

Bürgermeister Roth: Was Herr Tobias über die Anleihe gefragt hat, unterschreibe ich. Ein solches Vorgehen würde unsre ganze Finanzbedeutung über den Haupteinen verlieren.

Stadt. Pollender (Soz.): Unter den allgemeinen Ausführungen des Rekurrenzbescheid ist auch die an den Rat gerichtete Mahnung, daß scharfe Kontrolle bei der Herstellung der Straßen auszuüben sei. Es soll öfter vorkommen, daß erhebliche Abweichungen von den Vorschriften vorgenommen werden. Diese kommen erst nach Jahren zur Kenntnis des Kollegiums. Aber aus den Abrechnungen sind Abweichungen tatsächlich nicht zu erkennen. Ich richte die Anfrage an den Rat, ob Abweichungen von den Vorschriften recht häufig vorkommen, und ob dem Rat bekannt ist, daß Beamte des Rates an die Ausführenden das Verlangen stellen, die Abrechnungen zu denselben Preisen wie die Vorschriften zu gestalten.

Stadtbaudirektor Peters: Es ist mir nicht bekannt, daß solche Abweichungen vorgenommen sind. Wenn Abweichungen von den

Vorschriften vorgenommen sind, so haben wir und stellt Ihrer Zustimmung verloren. Das, worauf Herr Pollender anspielet, sind Dinge, die von Beamten begangen sind, nicht im Einverständnis mit dem Rat und den Dezernenten. Verschulden werden auf strengste bestraft.

Bürgermeister Roth: Vom Rechnungsamt wird mit aller Strenge verlangt, daß es genau auf die Abrechnungen achtet; Abweichungen werden streng geahndet. Wenn Herr Pollender bestimmte Fälle kennt, dann möchte ich bitten, daß er sie mir mitteilt.

Stadt. Pollender (Soz.): Wenn vom Rechnungsamt verlangt wird, daß genau auf den Anschlüssen entsprochen wird, dann werden die Beamten gerade dazu angehalten, manche Sachen zu vertuschen, die später zu Strafverfolgungen Anlaß geben.

Bürgermeister Roth: Die Unternehmer sind gehalten, die Arbeiten nach den Kostenanschlägen auszuführen; können sie das nicht, sind Abweichungen nötig, dann müssen sie uns Angelegenheit machen. Das Rechnungsamt muß darauf halten, daß genau nach den Anschlüssen verfahren wird. Ober Sie müssen für solche Arbeiten, wo es sich nicht klar übersehen läßt, ein Berechnungsgeld bereitstellen. Dann sind wir nicht an das Gerüpp eines Kostenanschlages gebunden. Wenn Beamte sich um die Bestimmungen herumgedrehten versuchen, werden wir sie zur Verantwortung ziehen.

Stadt. Scheib (Soz.): Die Abweichungen, die der Bürgermeister meint, erscheinen mir aus den Abrechnungen. Herr Pollender hat diese aber nicht gemeint, er hat gemeint, man solle sich bei der Ausführung an den Kostenanschlag halten.

Stadt. Pfleume (Mittelst.): Das von den Kostenanschlägen abweichen wird, geht oft gar nicht anders.

Stadt. Pollender: Ich habe mich doch nicht so unklaß ausgedrückt, daß die Sache nicht kapiert werden könnte. Für mich handelt es sich darum, daß bei der praktischen Ausführung von dem Voranschlag abgewichen wird, die Ausführung also anders wird, daß aber die Abrechnung nach dem Voranschlag gemacht wird.

Bürovorsteher Dr. Roth: Herr Pollender, Sie haben den Ausdruck kapiert sicher nicht böß gemeint, aber rügen muß ich Ihnen.

Geraus wurden die Anträge des Ausschusses angenommen.

Die Gestaltung der Einheitssätze für Fahrbaupflasterungen gemäß § 81 der Straßenbauordnung findet die Zustimmung des Kollegiums.

Beschlossen wird die Herstellung von Stufen der Kaiser-Augusta- und Eichendorffstraße, östlich der Südstadt, mit 11 800 Mark und 17 800 Mark, sowie Bau einer Abfangschleuse in der Kaiser-Augusta-Straße von der Südb. bis zur Eisenstraße mit 37 000 Mark.

Zugeschimmt wurde dem Abkommen mit den Eigentümern des Ritterguts S.-Kleinlothofer über die Festsetzung des Preises für Land im Bebauungsplan S.-Kleinlothofer-Südost und zwar auf 0 Mark für 1 Quadratmeter für solches zu Straßen- und Platzanlagen und auf 8 Mark für 1 Quadratmeter für solches zu Parkanlagen sowie Billigung von 90 000 Mark für sofort zu übernehmende Flächen (8720 Quadratmeter je 8 Mark, 12 160 Quadratmeter je 8 Mark).

Ebenfalls zugeschimmt wurde dem Verzicht der Stadtgemeinde gegenüber den Bauverbern der Flurstücke Nr. 517 und 518 auf Leistung von Sicherheit für die Kosten der flüchtigen Verbreiterung der Oberdorfrstraße, dem Verkauf von 10,2 Quadratmetern Hinterland auf dem Eigentümer der Baustelle Nr. 1 an der Auerhaunder Straße um den Preis von 44,88 Mark für 1 Quadratmeter, und der Enteignung von 204,4 Quadratmetern Land des Flurstückes Nr. 14 in S.-Theisberg zur Verbreiterung der Reichenhainer Straße.

Zu der Vorlage über den Verkauf a) der Baustelle Nr. 4 (Fläche 100) an der Gottschalkstraße von 810,0 Quadratmeter zum Preis von 20 000 Mark = 82,70 Mark für 1 Quadratmeter, b) der Baustelle Nr. 2 (Block III) an der Neuherrn-Hallischen Straße von 875 Quadratmeter zum Preis von 28 500 Mark = 70,07 Mark für 1 Quadratmeter, c) von 1179,4 Quadratmeter und 182,8 Quadratmeter Land an der Straße H in S.-Connemira zum Preis von 20 Mark für 1 Quadratmeter beantragten der Hochbau- und Tiefbauausschuß: zu a und c Zustimmung, zu b, der Vorlage mit der Forderung, daß die Baustelle für 27 000 Mark verkauft wird.

Bürgermeister Roth hält den Antrag der Ausschüsse zu b abzulehnen und nur 25 000 Mark zu verlangen, um die Verhandlungen nicht zu erschweren.

Stadt. Jähne (Mittelst.) schließt sich dem an.

Das Kollegium lehnt den Ausschlußantrag zu b ab, stimmt aber im übrigen den Ausschlußanträgen zu.

Die Ausschlußlistung der Straßen zum Blümchen-Turnfest.

Der Rat verlangt die Billigung von 12 200 Mark Berechnungsgeld für die Ausschmückung des Alten Rathauses, der Alten Wache sowie derjenigen Straßen und Plätze, die die Festzille anschließlich dem 12. Deutschen Turnfest verhüren werden.

Der Finanz- und Hochbauausschuß beantragt Zustimmung.

Stadt. Kremer (Soz.): Die Vorlage verlangt zu den bereits bewilligten 122 000 Mark noch 12 200 Mark zur Ausschmückung. Es sollen zwar die Straßenbaustoffe dann zurückgezahlt werden, wenn ein Überschuss gemacht wird. Daß ein Überschuss nicht gemacht werden kann, ist klar. Die Turner bringen, wenn man mit 100 000 Besuchern rechnet, bei einem Beitrag von 6 Mark 600 000 Mark zusammen. Wie kommen die Steuerzahler dazu, noch die gesetzte Summe zu bezahlen? Wir haben in Leipzig allein — soweit die Gewerkschaften in Frage kommen — 5000 Arbeitslose. Wenn eine Vorlage käme, diesen Arbeitslosen unter die Arme zu greifen, dann würden Sie jedesfalls nicht helfen, dann würden Sie ihnen das Sprichwort entgegenhalten: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Ich erwarte, daß die Vorlage glatt abgelehnt wird.

Stadt. Pfleume (Mittelst.): Ende nächsten Monats findet in Leipzig der Reichs-Feuerwehrtag statt. Es würde wünschenswert sein, daß die Stadt auch an diesen Tagen festlich geschmückt wird. Ich möchte den Antrag stellen: Das Kollegium möge beschließen, zu diesem Zweck 2000 Mark zu gewähren.

Bürovorsteher Dr. Roth: Da müssen wir doch erst den Rat hören.

Stadt. Schattenberg: Wir haben eine Vorlage hierzu nicht ausarbeiten können, weil die Tagung nicht bekannt war. Es wäre von erheblichem Vorteil, wenn das Kollegium heute schon Geld bewilligte.

Stadt. Helze I (Mittelst.): Es ist mir die Stadt Ehrenpflicht, die Schnittung der Straßen zu übernehmen. Das kommt doch auch den Arbeitern zugute.

Stadt. Bildung (Soz.): Ich sehe nicht ein, daß vom Kollegium ausgegangen wird, Geld zu bewilligen. Selbst zugegeben, daß die Arbeiter einen Vorteil haben, kann das nicht abhalten. Gelber für unproduktive Zwecke zu verweilen. Ich bin prinzipiell dagegen, daß solche Festlichkeiten durch städtische Mittel unterstützt werden. Vom Rat werden die einzelnen Vereine ungleichmäßig und parteiisch behandelt. Darunter muss die Allgemeinheit leiden. Die Plätze liegen drang und andre laufen darum herum und suchen sich Plätze. Ich habe längst einen Verein veranlaßt, eine Eingabe zu machen, damit ein Spielplatz zur Verhüllung gekauft wird, der wochenlang nicht benutzt wird. Stadt. Eiche hat geantwortet, die Vereine könnten sich zu kaufen, wenn der Antrag bewilligt würde. Die Bürgerschaft wird in einer Art behandelt, die nicht verstanden wird. Ich bitte, die Dinge nicht parteiisch zu behandeln. Das Interesse der Bürgerschaft erfordert es, daß alle Vereine gleichmäßig behandelt werden. Die Stadt muss alle Teile der Bevölkerung bei der Vergabe der Plätze berücksichtigen.

Stadt. Eiche: Zu Anfang des Jahres werden die Plätze an die Vereine vergeben, die sich gemeldet haben. Selbstverständlich werden die Vereine berücksichtigt, die die Plätze schon inne hatten. Der Arbeiterturnverein hat übrigens zum Schauturnen den Platz im Möderer bekommen.

Bürgermeister Roth ersucht um Annahme des Antrags Pfleume.

Stadt. Bildung (Soz.): Ich melde mich nochmals zum Wort, der Vorsteher erhielt es ihm aber nicht, weil die Frage der Spielplätze nicht zur Tagesordnung steht.

Die Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, ebenso der Antrag Pfleume.

Beamten- und Arbeitersfürsorge.

Zu der Vorlage betr. die Maßnahmen über Rendierungen der Beamten- und Arbeitersfürsorge beantragten der Verfassungs- und Finanzausschuss: 1. im Maßnahmen II die Worte: „bei dem unter a Angestellten“ zu streichen, 2. zu Maßnahmen IV den städtischen Beitrag für jeden Beamten auf alljährlich 9 statt 8,50 M. zu erhöhen, 3. zu Maßnahmen V der Beamtenkassenfalle für jeden Beamten des Amtsdienstes einen Sonderzuschuß von jährlich 8 M. (statt 8,50 M.) zu gewähren, 4. den Maßnahmen I bis VIII im übrigen zu bestimmen.

Der Vorsteher Dr. Roth referierte über die wichtigsten Punkte der Vorlage.

Stadt. Pollender (Soz.): Ich möchte feststellen, daß die Tendenz der Maßnahmen darauf hinausläuft, die Sozialgesetze für die im Dienste der Stadt stehenden Angestellten in finanzieller Beziehung zwar nicht ganz aufzuheben, aber doch zu mindern. Ich habe mich im Ausschuß der schlechtesten gestellten Beamten angenommen, die der Reichsversicherungsfürsorge unterliegen. Ich habe, nachdem ich erfahren habe, daß der Rat wollte nur die Hälfte der Beiträge für die Versicherungspflichtigen zahlen, beantragt, die ganze Summe zu zahlen. Ich habe den Antrag damals zurückgezogen, mir aber vorbehalt, ihn hier erneut vorzubringen. Ich habe zugleich den Rat um eine Berechnung gebeten, wie sich die Sache finanziell gestaltet.

Stadt. Pfleume (Mittelst.): Das von den Kostenanschlägen abweichen wird, geht oft gar nicht anders.

Stadt. Pollender: Ich habe mich doch nicht so unklaß ausgedrückt, daß die Sache nicht kapiert werden könnte. Für mich handelt es sich darum, daß bei der praktischen Ausführung von dem Voranschlag abgewichen wird, die Ausführung also anders wird, daß aber die Abrechnung nach dem Voranschlag gemacht wird.

Bürovorsteher Dr. Roth: Herr Pollender hat sich hier erneut vorzubringen. Ich habe mich auf die Abrechnung nach dem Voranschlag beauftragt, die der Ausschluß abgelehnt. Der Rat kann den Gehaltsnordnung entziehen, außerdem wird festgestellt, daß der Rat einem Arbeiter, der eine Arbeit nicht mehr zu leisten imstande ist, andre Arbeit zuweisen kann. Dann würde der Arbeiter weniger erhalten, als sein Gehalt befragt würde. Die Gehaltsnordnung setzt nicht die Bedeutung zu, um eine Ausschaltung zu ermöglichen.

Stadt. Dr. Juncz überträgt Pollender. Die Tendenz der Vorlage sei nicht die, die Wirkung der sozialen Gesetze aufzuheben. Die Gehaltsnordnung bringt nur Vorteile für die Arbeiter, wenn er auch zugebe, daß Pollender mit seiner Ansicht über bestimmte Dinge Recht habe.

Stadt. Berthold verteidigt ebenfalls die Maßnahmen.

Stadt. Dr. Juncz stellt darauf den Antrag, daß die Arbeiter bei Überweisung in eine andre Stelle nicht einen verringerten Lohn erhalten.

Die Ausschlußanträge wurden darauf angenommen, der Maßnahmen im übrigen zugestimmt. Der Antrag des Dr. Juncz wurde ebenfalls angenommen. Der Antrag Pollender wurde abgelehnt.

Das Wohnungsbauamt.

Die Vorlage über Mietzulägerung bed Rats betr. das Wohnungsbauamt, die Wohnungsbauordnung und das Ortsgebot über den gemeinsamen Auschluß für öffentliche Gesundheitspflege und die damit im Zusammenhang stehenden Eingaben werden vom Stadt. Schumann beantragt: 1. dem Verfassungs- und Finanzausschuss beantragt: 1. dem Ortsgebot in der veränderten F